

**Demo am Samstag, den 04.02.2017 um 14 Uhr, Hauptbahnhof**

## **Wohn\_Raum für Alle – Solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung und Verdrängung!**

Am 4. Februar gehen wir gemeinsam auf die Straße - für ein solidarisches, (welt)offenes und soziales Frankfurt! Wir kämpfen für bezahlbaren Wohnraum und für eine Stadt für alle Menschen, die in ihr leben - unabhängig von Aufenthaltstitel oder Einkommen!

Bezahlbarer Wohnraum wird in Frankfurt seit Jahren aufgrund stetig steigender Mieten immer knapper, besonders für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen oder unsicherem Aufenthaltsstatus. In Folge werden Menschen zunehmend aus ihren Wohnungen und Stadtteilen verdrängt.

Anstelle dieser Entwicklung des Frankfurter Wohnungsmarktes entgegenzuwirken, orientieren sich die städtischen Investitionen, die Stadtplanung und -politik überwiegend an höheren Einkommensgruppen. Auch die stadteigene ABG Frankfurt Holding arbeitet vorrangig profitorientiert und investiert nur unzureichend in für alle Frankfurter\*innen bezahlbaren Wohnraum.

Die wachsende Unsicherheit und Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt trägt ihren Teil zu einem gesellschaftlichen Klima aus Rassismus und Angst bei. Dabei werden bereits marginalisierte Personen weiter ausgegrenzt und zunehmend angreifbar. So kam es am 17. September 2016 zu einem Brandanschlag an einem von Roma-Familien bewohnten Haus in Fechenheim.

Am 2. Dezember 2016 wurde unter der Brücke der Rosa-Luxemburg-Straße eine Schlafstätte obdachloser Roma angezündet. Am 9. Dezember 2016 gab es einen Angriff auf das Project Shelter Bistro, bei dem ein Bekenner\*innenschreiben hinterlassen wurde, das rassistische Beweggründe bestätigt und weitere Angriffe ankündigt.

In Frankfurt scheinen insbesondere antisemitischen Vorfälle zuzunehmen: Ebenfalls am 17. September wurde die Anti-TTIP-Demonstration von der rechtsradikalen neonazistischen "AKK" gestört. Anfang November wurde die Gedenkstätte der Rödelheimer Synagoge im Brentanopark mit antisemitischen Parolen beschmiert und Prof. Benjamin Ortmeier, Leiter der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität, wird mit rechten Drohungen attackiert.

Diskriminierung und Rassismus finden aber nicht nur in Form von Gewalttaten und Drohungen statt. Menschen werden auch auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert. Besonders diejenigen mit einem geringem Einkommen und/oder unsicherem Aufenthaltsstatus haben kaum eine Möglichkeit, eine bezahlbare und angemessene Wohnung in Frankfurt zu finden. Menschen die als Migrant\*innen wahrgenommen werden machen Ausschlusserfahrungen. Von Ausschlüssen sind insbesondere auch Sinti und Roma betroffen, die aufgrund weit verbreiteter Ressentiments, bei der Wohnungssuche kaum eine Chance erhalten. Zudem ist die dauerhafte Unterbringung von Geflüchteten in Lagern oder anderen Unterbringungsformen ohne Privatsphäre, insbesondere für LGBTIQ\* unzumutbar.

Bezüglich der Obdachlosigkeit behauptet die Stadt Frankfurt, das soziale Netz sei engmaschig genug gestrickt und verweist auf die Bereitstellung der B-Ebene in der Hauptwache als Schlafstätte während der Wintermonate.

An diesem öffentlichen Verkehrsknotenpunkt kann nach einem anstrengenden Tag auf den Straßen niemand zur Ruhe kommen und gut schlafen. Diese Symbolpolitik reicht nicht aus, um dem Problem der Wohnungslosigkeit zu begegnen! In einer Stadt wie Frankfurt, die allein im Jahr 2015 einen Haushaltsüberschuss von fast 176 Millionen Euro gemacht hat, müssten keine Menschen auf der Straße oder in der B-Ebene eines Bahnhofes schlafen! Wir können und wollen diese Verhältnisse nicht länger hinnehmen! Es gibt massig ungenutzte Wohn- und Büroflächen, die in bezahlbaren Wohnraum umgewandelt oder zwischen genutzt werden könnten.

Gegen die Frankfurter Stadtpolitik, die einen ohnmächtig zurücklässt, lehnen wir uns auf! Wir können nicht zulassen, dass sich rassistische Botschaften verbreiten, fester setzen und einige von uns gefährden. Es gibt zahlreiche Ideen und Alternativen, wie wir alle gemeinsam in einer Stadt leben können, wo jede\*r ohne Angst verschieden sein kann. Eine Stadt, die mehr ist als ihr ständiges Streben nach Verwertung und Profit. Wir haben das Recht unsere Stadt zu verändern und neu zu erfinden, am Samstag, den 4.2. werden wir deshalb entschlossen auf unseren Straßen zu hören sein! Wir sagen laut und deutlich: Die B-Ebene der Hauptwache ist uns nicht genug - wir wollen eine solidarische Stadt für Alle! Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen!

*- Wir fordern bezahlbaren Wohnraum für Alle in Frankfurt lebenden Menschen!*

*- Wir fordern mietfreie Liegenschaften für Sinti und Roma!*

*- Wir fordern eine mietfreie Liegenschaft für Project Shelter!*

*- Wir fordern eine Wohnungspolitik, deren Ziel die Schaffung eines nicht-profitorientiertem Wohnungsbestand ist, damit alle Menschen unabhängig von Herkunft und ihrem sozialem/ökonomischen Status in Frankfurt leben können!*

*- Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften wie ABG Holding, Nassauische Heimstätte, GWH oder GSW sollen von Stadt und Land als Eigentümer\*innen darauf verpflichtet werden einzig als Instrument einer sozialen Wohnungs- und Stadtpolitik genutzt zu werden!*

*- Der Frankfurter Wohnungsbestand muss zunehmend in öffentlichen oder gemeinnützigen Besitz gebracht werden!*

*- Nach Frankfurt geflohene Menschen dürfen nicht in Sammel- und Notunterkünften oder Hotels ohne Privatsphäre untergebracht werden, sondern dezentral in Wohnungen!*

*- Wir fordern Übergangsunterbringung für alle Menschen! Fernab ihrer Nationalität oder ihres Status! Obdachlosenunterkünfte nur für EU- bzw. BRD-Bürger\*innen lehnen wir ab.*

*- Wir fordern eine dezentrale und geschützte Unterbringung für Geflüchtete, insbesondere für LGBTIQ\*!*

*- Für Schwangere und Eltern mit Kindern ohne Obdach müssen Schutzräume geschaffen werden. Eine Trennung der Eltern und Kinder durch das Jugendamt aufgrund von Obdachlosigkeit darf keine Option sein. Auch hier dürfen Herkunft und Status der elterlichen Person keine Rolle spielen!*

*- Wir sind gegen weitere Abschiebeabkommen und für die Aufhebung der bisherigen Abkommen. Keine Abschiebungen vom Frankfurter Flughafen!*

*- Keine Abschiebungen ins innereuropäische Ausland. Keine Abschiebung von Verfolgten! Keine Abschiebungen von Roma und Sinti! Keine Abschiebung von Menschen die bleiben wollen! Keine Abschiebung von Irgendwem!*

*- Wir fordern eine Änderung des aktuellen Meldegesetzes: Eine gültige Meldeadresse darf kein Kriterium für einen Arbeitsplatz sein, Wohngemeinschaften sollten unbescholten bestehen bleiben können und ihre Wechsel selbst organisieren.*

*- Wir fordern eine schnelle und rückhaltlose Aufklärung aller rassistisch motivierten Gewalttaten der letzten Monate. Wir fordern die Förderung eines anti-rassistischen Bewusstseins in unserer Stadt.*

Wir setzen unseren Kampf für eine solidarische Stadt unter allen Umständen fort! Wir sind Viele mit dem Ziel mehr zu werden! Die Häuser denen, die sie brauchen!

Afghan Refugee movement  
Eine Stadt für alle! Wem gehört die ABG?  
Förderverein Roma e.V  
IL Frankfurt  
Initiative Zukunft Bockenheim / Stadtteilbüro  
Internationales Zentrum  
noborder ffm  
Offenes Hause der Kulturen  
Project Shelter  
Solidarisches Gallus  
Teachers on the road

---

Living Space for All - Solidarity instead of exclusion and displacement

On the 4th of February we will be on the streets for a solidary and social Frankfurt! We fight for affordable living space and for a city that belongs to all people who live in it - regardless of their residence status or income!

Affordable living space has become increasingly scarce in the last few years due to the constantly rising rents in Frankfurt, especially for people without or with low income or uncertain residence status. As a result, people are being increasingly displaced from their apartments and districts. Instead of counteracting these developments on the housing market, Frankfurt's public investments, urban planning and policies cater to higher income groups. Also the city's publicly owned housing corporation ABG Frankfurt Holding is mostly profit oriented and does not invest enough in providing affordable living space for all people in Frankfurt. The growing insecurity and competition in the housing market contributes to a social climate of racism and fear.

Already marginalized people are becoming increasingly excluded which makes them even more vulnerable. On the 17th of September there was an arson attack on a house inhabited by Roma families in Fechenheim. On the 2nd of December, the sleeping place of homeless Roma underneath the bridge of Rosa-Luxemburg-Straße was set on fire. On the 9th of December, the bistro of Project Shelter was attacked and the perpetrators left a letter in which they claimed responsibility. The letter confirmed their racist motives and they announced further attacks.

It also seems that anti-Semitic incidents are increasing in Frankfurt:

Again on the 17th of September the right-wing extremist "AKK" disturbed the Anti-TTIP-Demo. In the beginning of November the memorial of the synagogue of Rödelheim in Brentanobad was smeared with anti-Semitic slogans and Prof. Benjamin Ortmeier, head of the research department on NS-pedagogy at the Goethe University of Frankfurt, received right-wing threats.

People are also being discriminated against in the housing market, especially those who have a low income and/or an uncertain residence status, hardly have any chance to find affordable and adequate housing in Frankfurt. People who are perceived to be migrants experience exclusion,

especially Roma and Sinti. They barely have a chance to access proper housing because of the wide spread discrimination against them. Furthermore, the long term accommodation of refugees, especially

LGBTIQ\* refugees, in camps and other spaces which lack privacy, is unacceptable.

Regarding homelessness the city of Frankfurt claims that the social net of Frankfurt provides help for everyone and points to the accessibility of the B-level in Hauptwache as a sleeping place for the winter. At this public traffic hub nobody is able to rest or sleep well after an exhausting day on the streets. This politics of symbolism is not enough to address the problem of homelessness! In a city like Frankfurt, which had a budget surplus of almost 176 million Euros in 2015 alone, nobody should have to sleep on the streets or in the B-level of a train station! We cannot and do not want to accept these conditions anymore!

There is a lot of unused living and office space, which could be converted into affordable housing or used temporarily.

Against these policies of Frankfurt, designed to leave us powerless, we rise up! We cannot tolerate the spread of racist messages, which become entrenched and harm some of us. There are a lot of ideas and alternatives on how we could live together in a city, where everyone can be different without fear. A city that is more than a constant pursuit of exploitation and profit. We have the right to change and reinvent our city – on Saturday, the 4th of February, we will be heard on our streets!

We say it loud and clear: The B-level of Hauptwache is not enough – we want a solidary city for all! We will not allow ourselves to be played off against each other!

- We demand affordable housing for all people living in Frankfurt!
- We demand a rent free building for the Förderverein Roma!
- We demand a rent free building for Project Shelter!
- We demand that publicly owned housing corporations like the ABG Holding, Nassauische Heimstätte, GWH or GSW be obliged by city of Frankfurt and the state to be used only as instruments of social housing and other social policies, so that all people in Frankfurt can have access to living space regardless of their origins or economic status!
- The housing stock of Frankfurt should be increasingly brought under public or non-profit ownership!
- Refugees should no longer be housed in central emergency shelters or hotels without any privacy but in individual apartments!
- We demand individual and safe accommodation for refugees, especially LGBTIQ\* refugees!
- Safe spaces should be created for homeless pregnant people and parents with children. Separation of parents from their children because of homelessness by the childcare services is not be an option. Again, origin and status of parents should not play a role!
- We are against further the deportations into other European countries. No deportations of persecuted people! No deportations of Roma and Sinti! No deportations of people who want to stay! No deportation of anyone!
- We demand a change of the Resident Registration Act: A valid housing address should not be a criteria for employment. Housing communities should be able to exist as they are and to be able to organize their relocations by themselves!

- We demand a fast and wholehearted investigation of all racism based violent attacks of the last months. We demand the promotion of an anti-racist consciousness in our city!

We continue our fight for a solidary city under all circumstances! We are many with the aim of becoming even more! Houses for those who need them!

--  
--